

zuvor wegen
en vom
..... öf-

lichen Aus-
..... orts-

Bgaben hat
r eine ein-
gem. § 3
rchgeführt.
urde vom
..... Gele-
ne gegeben.

reigeverfah-
s) ist gem.
.. im Amts-
bekaantge-

damit am
treten.



uung
Verfahrens-
gem. § 214
GB beim Zu-
uungsplanes
rden.

ahren nach
uungsplanes
igung nicht



Es wird festgestellt und hiermit be-
glaubigt, daß die Abschrift des Be-
bauungsplanes mit der vorgelegten
Urschrift übereinstimmt.

Lehre, den 2.1. Nov. 1991

Gemeindedirektor



GEMEINDE LEHRE ORTSCHAFT ESSENRODE

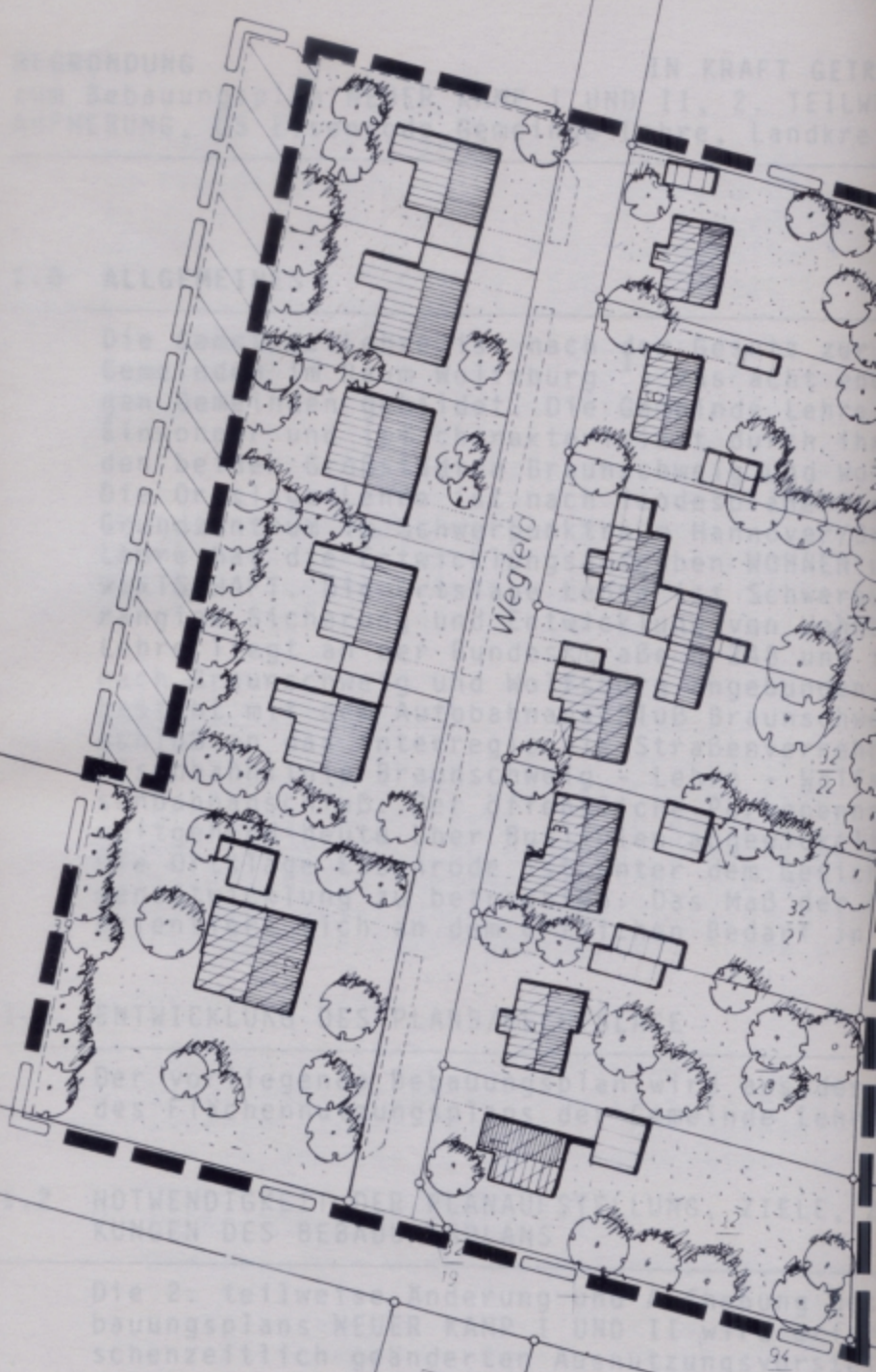
"NEUER KAMP I u. II" 2. TEILW. ÄNDERUNG u. AUFHEBUNG

BEBAUUNGSPLAN

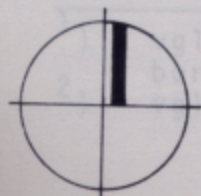
DIE AUFLAGEN/MASSGABEN DER ANZEIGENVERFO-
GUNG SIND IN DIESER PLANFASSUNG ENTHALTEN

IN KRAFT GETRETENE PLANFASSUNG

Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt Bohlweg 1 3300 Braunschweig



Die 2. Teilung
 bauplanungsplan
 schenzeitlich geänderte
 ausgewiesenen
 das Maß der Bau-
 der Baunutzung
 gepaßt werden



M 1:1000

00011 M

64
22

64
10

64
11

64
12

64
13

94
1

32
21

32
22

32

94
1

64
13

4

5

der Fassung
geändert am
Gemeindeord-
zuletzt geän-
emeinde/Stad-
lossen.

.....
stadtdirektor

nde hat in
7.90.... dem
planes und
mmt und die
gemäß § 3
en. Ort und
n Auslegung
ortsüblich

auungsplanes
haben vom
14.09.90....
öffentlich

4.1991

..... Siegel
or

nde hat in
..... dem
Bebauungs-
dung zuge-
liche Ausle-
nkung gem.
Halbsatz
und Dauer
ung wurden
ch bekannt-

ungsplanes
haben vom
..... gem.
lich ausge-

~~Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in
seiner Sitzung am dem
geänderten Entwurf des Bebauungs-
planes und der Begründung zuge-
stimmt und die eingeschränkte Be-
teiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2
BauGB beschlossen.~~

~~Den Beteiligten im Sinne von § 13
Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde vom
..... bis zum
Gelegenheit zur Stellungnahme gege-
ben.~~

~~....., den
.....
Stadt/Gemeindedirektor~~

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat den
Bebauungsplan nach Prüfung der vor-
gebrachten Bedenken und Anregungen
gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner
Sitzung am 13.12.90... als Sat-
zung (§ 10 BauGB) sowie die Begrün-
dung beschlossen.

Lehre....., den 03. Juli 1991
gez. Graßhoff..... Siegel
Stadt/Gemeindedirektor

Der Bebauungsplan ist ~~der~~/dem
Landkreis Helmstedt am 04.07.1991 gem. § 11
BauGB angezeigt worden.

Die/Der Landkreis Helmstedt... hat
am heutigen Tage. (Az.:
692-21-54014.04-001) erklärt, daß
sie/er unter Auflagen/mit Maßgaben
- keine Verletzung von Rechtsvor-
schriften geltend macht (§ 11 Abs.
3 Satz 2 BauGB).

Helmstedt..., den 30.09.1991
Siegel..... gez. Andt...
Bezirksregierung/Landkreis

Der Rat der Stadt/Gemeinde ist den
am (Az.:
.....) genannten Aufla-
gen/Maßgaben in seiner Sitzung am
..... beigetreten.

Der Bebauungsplan hat zuvor wegen
der Auflagen/Maßgaben vom
..... bis öf-
fentlich ausgelegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Aus-
legung wurden am orts-
üblich bekanntgemacht.

Wegen der Auflagen/Maßgaben hat
die Stadt/Gemeinde zuvor eine ein-
geschränkte Beteiligung gem. § 3
Abs. 3 Satz 2 BauGB durchgeführt.
Den Beteiligten wurde vom
..... bis Gele-
genheit zur Stellungnahme gegeben.

....., den
.....
Stadt/Gemeindedirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfah-
rens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem.
§ 12 BauGB am 8.11.91... im Amts-
blatt des LK Helmstedt... bekanntge-
macht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am
8.11.91... in Kraft getreten.

Lehre....., den 21. Nov. 1991
.....
Stadt/Gemeindedirektor



Innerhalb eines Jahres nach In-
krafttreten des Bebauungsplanes
ist die Verletzung von Verfahrens-
oder Formvorschriften gem. § 214
Abs. 1, Nr. 1 und 2 BauGB beim Zu-
standekommen des Bebauungsplanes
nicht geltend gemacht worden.

....., den
.....
Stadt/Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach
Inkrafttreten des Bebauungsplanes
sind Mängel in der Abwägung nicht
geltend gemacht worden.

....., den
.....
Stadt/Gemeindedirektor

1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl. I Seite 2 253), zuletzt geändert am BGBl. II S. 1 122), und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung der Fassung vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. Seite 274), zuletzt geändert am 13.1990, (Nds. GVBl. Seite 115) hat der Rat der Gemeinde/Stadt diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

....., den 03. Juli 1991

..... Siegel gez. Graßhoff
..... Gemeindegemeinschaftsleiter

..... hat in
am 12.07.90 die
des Bebauungsplans be-
stellungsbeschluß wurde
Abs. 1 BauGB am
ortsüblich bekanntge-

den 03. Juli 1991

..... Siegel
..... Gemeindegemeinschaftsleiter

..... entspricht dem
Eigentumsverhältnissen
städtebaulich bedeut-
Anlagen sowie Stra-
den Plätze vollständig
vom 1.3.1991...
tlich der Darstell-
zen und der baulichen
risch einwandfrei.
keit der neu zu bil-
in die Örtlichkeit
möglich.

den 3. APR 91
In Vertretung
gez. Schlemmer
eramt Verm. Rat

des Bebauungsplanes
eitet von:

g. W. Schwerdt
ir Stadtplanung
g 1 Ruf 16061
Braunschweig

den 29.01.1991...

.....

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in
seiner Sitzung am 12.07.90 dem
Entwurf des Bebauungsplanes und
der Begründung zugestimmt und die
öffentliche Auslegung gemäß § 3
Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und
Dauer der öffentlichen Auslegung
wurden am 23.07.90 ortsüblich
bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes
und der Begründung haben vom
13.08.90 bis 14.09.90
gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich
ausgelegen.

Lehre....., den 03. Juli 1991

gez. Graßhoff..... Siegel
..... Gemeindegemeinschaftsleiter

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat in
seiner Sitzung am dem
geänderten Entwurf des Bebauungs-
planes und der Begründung zuge-
stimmt und die öffentliche Ausle-
gung mit der Einschränkung gem.
§ 3 Abs. 3 Satz 1, 2 Halbsatz
BauGB beschlossen. Ort und Dauer
der öffentlichen Auslegung wurden
am ortsüblich bekannt-
gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes
und der Begründung haben vom
..... bis gem.
§ 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausge-
legen.

....., den

.....
..... Stadt/Gemeindegemeinschaftsleiter

Der Rat der Stadt/Gemeinde
seiner Sitzung am
geänderten Entwurf des Beba-
planes und der Begründung
stimmt und die eingeschränk-
teilung gem. § 3 Abs. 3
BauGB beschlossen.

Den Beteiligten im Sinne von
Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde
..... bis zum
Gelegenheit zur Stellungnahme
ben.

....., den

.....
..... Stadt/Gemeindegemeinschaftsleiter

Der Rat der Stadt/Gemeinde hat
Bebauungsplan nach Prüfung der
gebrachten Bedenken und Anre-
gem. § 3 Abs. 2 BauGB in
Sitzung am 13.12.90 als
zung (§ 10 BauGB) sowie die E-
dung beschlossen.

Lehre....., den 03. Juli 1991

gez. Graßhoff.....
..... Gemeindegemeinschaftsleiter

Der Bebauungsplan ist
Landkreis Helmstedt am 04.07.1991
BauGB angezeigt worden.

Die/Der Landkreis Helmstedt
am heutigen Tage
692-21-54014.04-0012 erklärt,
sie/er unter Auflagen/mit Ma-
- keine Verletzung von Rech-
schriften geltend macht (§ 1
3 Satz 2 BauGB).

Helmstedt., den 30.09.1991

Siegel..... gez. Arndt
Bezirksregierung/Landkreis

Der Rat der Stadt/Gemeinde
am
.....) genannten
gen/Maßgaben in seiner Sitz-
..... beigetreten.

SETZUNGEN

VON SICHTDREIECKEN SIND UNZULASSIG:

TZE UND GARAGEN

AGEN I. S. DES § 14 (1) BAUNVO, EINFRIEDUNGEN UND
MIT MEHR ALS 0,80 m HÖHE ÜBER STRASSENKRONE:
AUSGENOMMEN SIND EINZELBÄUME MIT EINEM KRONENAN-
HT UNTER 2,50 m.

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und
der Bekanntmachung vom 08.
29.09.1990 (BGBl. II S. 1 12
nung (NGU) in der Fassung
dert am 27.03.1990, (Nds
Lehre.....

Lehre.....

gez. Winkler.....
Bürgermeister

Der Rat der Stadt/Gemeinde
seiner Sitzung am 12.07.90
Aufstellung des Bebauungspl
schlossen.

Der Aufstellungsbeschluss
gemäß § 2 Abs. 1 Bau
20.07.90..... ortsüblich bek
macht.

Lehre....., den 03. Juli 90

gez. Graßhoff.....
Stadt/Gemeindedirektor

Die Planunterlage entspricht
Inhalt des Liegenschaftskata
und weist die städtebaulich
samen baulichen Anlagen sow
Ben, Wege und Plätze voll
nach (Stand vom 1.3.90)
Sie ist hinsichtlich der D
lung der Grenzen und der ba
Anlagen geometrisch einwand
Die Übertragbarkeit der neu
denden Grenzen in die Örtl
ist einwandfrei möglich.

Helmstedt, den 3. APR. 91
In Vertretung

Siegel.....gez. Schlemmer
Katasteramt Verm. Rat

Der Entwurf des Bebauungspl
wurde ausgearbeitet von:

Dr.-Ing. W. Schwerdt
Büro für Stadtplanung
Bohlweg 1 Ruf 1606
3300 Braunschweig

Braunschweig, den 29.01.1991...
Dipl. Ing.

Uta Schneider

KLÄRUNG (PlanzV 81)

CHEN NUTZUNG

ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

CHEN NUTZUNG

GESCHOSSFLÄCHENZAHL

GRUNDFLÄCHENZAHL

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE, als Höchstgrenze

INIEN, BAUGRENZEN

NUR EINZELHAUSER ZULÄSSIG, offene Bauweise

BAUGRENZE

STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN, Hauptgebäudeorientierung

EN

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE

ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE

SICHTDREIECK, s. textliche Festsetzung Ziff. 1

ZEICHEN

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANS

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BESTEHENDEN BEBAUUNGSPLANS

BEREICH DER TEILWEISEN AUFHEBUNG DES BEBAUUNGSPLANES NEUER "KAMP I u. II" ZUGLEICH 1. ÄNDERUNG "NEUER KAMP II"

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. IM BEREICH VON SICHTDR
- a) STELLPLÄTZE UND GAR
- b) NEBENANLAGEN I. S. BEWUCHS MIT MEHR AL HIERVON AUSGENOMMEN SATZ NICHT UNTER 2



PLANZEICHENERKLÄRUNG (P)

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WA ALLGEMEINE

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

0,4 GESCHOSSFL
0,4 GRUNDFLACH
I ZAHL DER V

BAUWEISE, BAULINIEN, BAU

E NUR EINZEL
 --- BAUGRENZE
 +++ STELLUNG D
 (1000)

VERKEHRSFLÄCHEN

STRASSENVE
STRASSENBE

P ÖFFENTLICH
 SICHTDREIE

SONSTIGE PLANZEICHEN

GRENZE DES
UNGSPLANS
GRENZE DES
HEIDEN BEB
BEREICH DE
NES NEUER
"NEUER KAN"

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Gemarkung Essenrode
 Flur 1, Maßstab 1:1000, VP 1109/91

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke ge-



M 1:1000

Kartengrundriss
Flur 1
Die Vervielfältigung ist gestattet.

GEMEINDE LEHRE
ORTSCHAFT ESSENRODE

"NEUER KAMP I u. II"

2. TEILW. ÄNDERUNG u. AUFHEBUNG

BEBAUUNGSENTWURF



66 0605 D
 Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Gemarkung Essenrode
 Flur 1, Maßstab 1 : 1000
 VP 1109/91

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke ge-
 statet (§ 13 Abs. 4 Nds. Vermessungs- und Katastergesetz vom 02. Jul.
 1985 - Nds. GVBl. S. 187); dazu gehören auch Zerschnittblätter.